S 23 U 627/00

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Freistaat Bayern
Sozialgericht	Bayerisches Landessozialgericht
Sachgebiet	Unfallversicherung
Abteilung	3
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 23 U 627/00
Datum	05.02.2003

2. Instanz

Aktenzeichen	L 3 U 111/03
Datum	22.07.2003

3. Instanz

Datum	-
-------	---

- I. Die Berufung des Klägers gegen das Urteil des Sozialgerichts München vom 05.02.2003 wird zurückgewiesen.
- II. Außergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.
- III. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Zwischen den Parteien ist streitig, ob die Beklagte die Folgen einer "durchgemachten Virus-Hepatitis-B-Erkrankung" als Berufskrankheit (BK) anzuerkennen und entsprechende Leistungen zu erbringen hat.

Der 1946 geborene Kläger war nach Abschluss seines Medizinstudiums vom 15.05.1976 bis 14.11.1976 zunächst im Kreiskrankenhaus L. in der chirurgischen Abteilung und danach bis 14.05.1977 in der H.klinik in Bad B. als medizinischer Assistent beschäftigt. Als Assistenzarzt war er im Anschluss daran bis 31.07.1980 im S.-Hospital in D. und vom 01.08.1980 bis 16.07.1981 im S.-Hospital in H./Westdeutschland tätig. Es schloss sich eine Beschäftigung als Facharzt vom 17.07.1981 bis 31.12.1984 als freier Mitarbeiter von Prof.Dr.K. , der damals die Städtischen Krankenhäuser N. und H. in M. konsiliarisch betreute, an. In der Zeit

vom 01.01.1985 bis 14.12.1985 war er ohne Beschäftigung. Am 15.12.1985 begann er seine bis heute ausgeübte Tätigkeit als freipraktizierender Hals-, Nasen-, Ohrenarzt. Als solcher ist er bei der Beklagten erst ab 02.02.1991 freiwillig versichert. In den Zeiten seiner selbständigen Tätigkeit als Facharzt vom 17.07.1981 bis einschließlich 01.02.1991 bestand keine freiwillige Versicherung bei einem Träger der gesetzlichen Unfallversicherung.

Anfang bis Mitte 1982 befand sich der Kläger in ärztlicher Behandlung wegen eines Gallensteinleidens. Bei einem stationären Aufenthalt vom 05.07. bis 14.07.1982 wurde die Gallenblase entfernt und ein sogenannter Leberstanzylinder entnommen. Dies erbrachte den Befund einer Fettleber mit geringer unspezifischer portaler Entzündung und mäßiger Siderose. Als Ursache hierfür wurde eine toxisch-nutritive Schädigung der Leber angenommen. Eine Hepatitis-B-Serologie wurde zu diesem Zeitpunkt nicht durchgeführt. Im Sommer 1987 traten beim Kläger wieder verstärkte Beschwerden im Oberbauch auf, die Anlass für eine stationäre Behandlung vom 01.10.1987 bis 10.10.1987 im Städtischen Krankenhaus M. gaben. Aufgrund einer dort am 26.11.1987 durchgeführten Hepatitis-B-Serologie stellte der behandelnde Arzt Dr.P. am 03.12.1987 eine durchgemachte Hepatitis-A- und eine durchgemachte Hepatitis-B-Infektion fest. Die in dieser Serologie vorgefundene Konstellation (HBs-Antigen negativ, Anti-HBc positiv, Anti-HBs positiv und Anti-HBe positiv) deutete nach dem ärztlichen Bericht des Dr.P. vom 30.09.1988 auf eine bereits länger zurückliegende Infektion hin. In einem Arztbrief vom 25.07.1989 wies Dr.P. darauf hin, dass die Infektion vom Zeitpunkt des Nachweises am 03.12.1987 an gerechnet mindestens vier Monate bis zu über einem Jahr zurückliegen müsse.

Der Kläger stellte im Hinblick auf die mögliche Ansteckung bei einer Patientin am 06.05.1988 Antrag bei seiner privaten Unfallversicherung auf entsprechende Leistungen. Er gab dort an, er habe am 25.03.1986 eine Risswunde an der rechten Hand gehabt; die Wunde sei aufgrund des starken Nasenblutens einer Patientin mit deren Blut in Berührung gekommen. Dass die Patientin an Hepatitis-B erkrankt gewesen sei, habe er von dieser mündlich erfahren. Am 31.08.1989 erstatteten die Ärzte Prof. Dr.med.K.L. und Dr.med.S. ein Gutachten für die private Unfallversicherung. Darin stellten sie fest, eine Infektion mit dem Hepatitis-B-Virus im März 1986 sei zwar möglich, aber nicht nachgewiesen. Ein früherer Infektionszeitpunkt sei ebenfalls möglich. Ein von der privaten Unfallversicherung einberufener Ärzteausschuss kam am 10.06.1996 zu dem Ergebnis, es sei nicht einmal nachgewiesen, dass die besagte Patientin tatsächlich mit dem Hepatitis-B-Virus infiziert gewesen sei. Deshalb sei auch der Nachweis nicht erbracht, dass die "durchgemachte Hepatitis-B-Erkrankung" des Klägers tatsächlich von dem geschilderten Ereignis abhänge. Die private Unfallversicherung lehnte aufgrund dieses Berichts mit Schreiben vom 15.08.1996 jegliche Leistungen ab.

Am 28.12.1998 ging eine Berufskrankheiten-Anzeige bei der Beklagten ein. Auf Nachfrage der Beklagten gab der Kläger am 19.02.1999 an, er habe sich mit guter Wahrscheinlichkeit bei der Behandlung einer an Virus-Hepatitis-B erkrankten Patientin angesteckt. Die Beklagte zog die Unterlagen der behandelnden Ärzte und der privaten Unfallversicherung bei. Gegenüber der von der Beklagten in das

Feststellungsverfahren miteinbezogenen Unfallkasse MÃ¼nchen gab der KlÃ¤ger am 22.05.1999 an, die "Nasenblutungs-Patientin", bei der er sich im MÃ¤rz 1986 angesteckt haben kÃ¶nnte, berufe sich auf die Ã¤rztliche Schweigepflicht und sei zu keinen nÃ¤heren Angaben bereit. Es sei zu berÃ¼cksichtigen, dass er generell auch mit Speichel oder Blut von anderen Patienten in BerÃ¼hrung gekommen sei. Die Beklagte forderte von Prof.Dr.K. den mit dem KlÃ¤ger geschlossenen Vertrag vom 05.08.1982 Ã¼ber dessen freie Mitarbeit ab 16.07.1981 an. Mit Bescheid vom 09.02.2000 lehnte sie Leistungen aus der gesetzlichen Unfallversicherung ab, weil ein Versicherungsschutz im mÃ¶glichen Ansteckungszeitraum vor dem 03.12.1987 nicht bestanden habe. Als freier Mitarbeiter sei er nicht versichert gewesen; eine freiwillige Versicherung habe er erst zum 02.02.1991 abgeschlossen. Dagegen legte der KlÃ¤ger mit der BegrÃ¼ndung Widerspruch ein, er kÃ¶nne sich auch in einem Zeitpunkt lange vor der Diagnose der durchgemachten Hepatitis-B-Erkrankung angesteckt haben, d.h. auch schon in der Zeit als medizinischer Assistent oder Assistenzarzt, in der noch gesetzlicher Unfallversicherungsschutz bestanden habe. Die Beklagte wies den Widerspruch mit Bescheid vom 12.07.2000 zurÃ¼ck. Ein Versicherungsschutz habe vor dem 02.02.1991 nicht bestanden, denn erst fÃ¼r die Zeit danach habe sich der KlÃ¤ger freiwillig bei ihr versichert. Vorher, insbesondere im mÃ¶glichen Ansteckungszeitraum vor dem 03.12.1987 habe kein Versicherungsschutz in der gesetzlichen Unfallversicherung bestanden.

Dagegen hat der KlÃ¤ger beim Sozialgericht MÃ¼nchen Klage erhoben mit der BegrÃ¼ndung, eine Hepatitis-B-Infektion kÃ¶nne auch wÃ¤hrend der versicherten Zeit als medizinischer Assistent oder Assistenzarzt stattgefunden haben. Desweiteren habe er im Zeitraum von Juli 1981 bis 31.12.1984 konsiliarisch fÃ¼r die StÃ¤dtischen KrankenhÃ¤user H. und N. gearbeitet und ausschlieÃlich Patienten dieser KrankenhÃ¤user behandelt. In diesem Zeitraum mÃ¼sse ein Versicherungsschutz bei der Unfallkasse MÃ¼nchen bestanden haben. Mit Urteil vom 05.02.2003 hat das SG die auf EntschÃ¤digung gerichtete Klage abgewiesen. Es hat zur BegrÃ¼ndung ausgefÃ¼hrt, die Diagnose einer Hepatitis-B-Infektion sei nach dem Arztbrief des Dr.P. vom 18.01.1988 seit 03.12.1987 gesichert. Eine Vorverlegung der Infektion ins Jahr 1984 oder frÃ¼her, sei nicht mÃ¶glich. Der Beweis fÃ¼r eine frÃ¼here Infektion sei nicht nur nicht erbracht, er sei sogar als nicht mÃ¶glich anzusehen. Bei dem als gesichert geltenden Infektionszeitpunkt von Dezember 1987 scheitere der Anspruch des KlÃ¤gers schon daran, dass er nicht versichert war. Seit seiner TÃ¤tigkeit als niedergelassener Arzt ab 05.12.1985 sei er gem. [Â§ 541 Abs. 1 Nr. 4 RVO](#) versicherungsfrei und erst ab 02.02.1991 freiwillig versichert gewesen. Auf die weitere Frage, ob er vom 17.07.1981 bis 31.12.1984 als freier Mitarbeiter des Prof.Dr.K. oder als abhÃ¤ngig BeschÃ¤ftigter zu gelten habe, komme es bei diesem Sachverhalt nicht mehr an. Denn insoweit fehle es am Nachweis, dass die Krankheit in diesem Zeitraum aufgetreten war.

Dagegen hat der KlÃ¤ger Berufung eingelegt und im Wesentlichen sein Vorbringen wiederholt. Eine Infektion vor 1987 sei mÃ¶glich und annehmbar. Die Kliniken, bei denen er als Assistenzarzt beschÃ¤ftigt gewesen sei, seien verpflichtet gewesen, seinen Gesundheitszustand zu prÃ¼fen und hÃ¤tten eventuell eine Hepatitisimpfung durchfÃ¼hren mÃ¼ssen. Hier lÃ¤gen schwere VersÃ¼mnisse der Kliniken vor. DarÃ¼berhinaus sei es grob unsozial, einem Arzt, der sich in

Ausübung seines Berufs ohne eigenes Verschulden infiziert habe, die notwendige zugesicherte Unterstützung zu versagen.

Der Kläger beantragt, die Beklagte unter Aufhebung des Urteils des Sozialgerichts München vom 05.02.2003 und des Bescheids vom 09.02.2000 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 12.07.2000 zu verurteilen, eine Hepatitis-B-Infektion als Berufskrankheit anzuerkennen und entsprechende Leistungen zu gewähren.

Die Beklagte beantragt, die Berufung zurückzuweisen.

Im Hinblick auf die weiteren Einzelheiten wird gem. [Â§ 136 Abs. 2](#) Sozialgerichtsgesetz (SGG) auf die beigezogene Akte der Beklagten und auf den Inhalt der Akten erster und zweiter Instanz verwiesen.

Entscheidungsgründe:

Die Berufung des Klägers ist zulässig ([Â§ 143, 151 SGG](#)), aber unbegründet.

Die Voraussetzungen für die Anerkennung einer Berufskrankheit nach [Â§ 551 Abs. 1](#) Reichversicherungsordnung (RVO) i.V.m. [Â§ 212](#) des 7. Sozialgesetzbuchs (SGB VII) und der Nr. 3101 der Anlage 1 zur BKVO liegen nicht vor.

Anzuwenden ist hier gemäß [Â§ 212 SGB VII](#) die vor dem 01.01.1997 geltende Rechtslage, da die Hepatitis-B-Erkrankung des Klägers bereits am 03.12.1987 diagnostiziert wurde und somit die Ansteckung bereits vor diesem Zeitpunkt stattgefunden haben muss. Ein möglicher Versicherungsfall fällt somit in die Zeit vor Inkrafttreten des SGB VII. Rente wäre unter Beachtung der Verjährungsvorschriften auch ab einem Zeitpunkt vor dem 01.01.1997 zu leisten; auf die Frage, was unter "erstmalig festzusetzen" i.S.d. [Â§ 214 Abs. 3 SGB VII](#) zu verstehen ist, kommt es nicht an, denn auch wenn die Vorschriften des SGB VII anzuwenden wären, würde sich im hier zu entscheidenden Fall keine Änderung ergeben.

Der Senat schließt sich den Argumenten des SG an, das einen Anspruch des Klägers auf Anerkennung und Entschädigung von Folgen einer durchgemachten Hepatitis-B-Infektion deshalb verneint, weil der Kläger sich in einem Zeitraum infizierte, in dem er nicht unfallversichert war. Die BK nach Nr. 3101 der Anlage 1 zur BKVO ist eine Infektionskrankheit, die entstanden sein muss, weil der Versicherte in Folge seiner Tätigkeit im Gesundheitsdienst, in der Wohlfahrtspflege oder in einem Laboratorium oder einer anderen Tätigkeit einer Infektionsgefahr in ähnlichem Maße besonders ausgesetzt war. Seit Beendigung seines Studiums war der Kläger zwar im Gesundheitsdienst tätig; er war jedoch erst ab 02.02.1991 freiwillig und in der Zeit davor nachgewiesenermaßen nur bis 16.07.1981 in der gesetzlichen Unfallversicherung versichert. Ob er während seiner Tätigkeit als sog. freier Mitarbeiter bei Prof.Dr.K. vom 17.07.1981 bis 31.12.1984 tatsächlich eine abhängige, generell von der Unfallversicherung erfasste Beschäftigung ausübte, brauchte auch das SG ausführt nicht aufgeklärt werden, weil der Nachweis einer Hepatitis-B-Infektion erst mit

dem serologischen Befund vom 03.12.1987 erbracht ist und eine zumindest wahrscheinliche Infektion im Zeitraum von 4 Monaten bis zu einem Jahr davor angenommen werden kann. Dies hat das SG bereits zutreffend und umfassend dargelegt. Der Senat nimmt auf die Ausführungen im angefochtenen Urteil Bezug und sieht zur Vermeidung von Wiederholungen von einer weiteren Darstellung gem. [§ 153 Abs. 2 SGG](#) ab.

Soweit der Kläger im Berufungsverfahren vorbringt, eine Infektion vor 1987 sei möglich, dies könne sogar in der Zeit seiner Beschäftigung an den Krankenhäusern in D. vom 15.10.1977 bis 31.07.1980 und Haltern vom 01.08.1980 bis 16.07.1981 oder sogar schon während seiner Mezzinalassistentenzeit in Lohr vom 15.05.1976 bis 14.11.1976 geschehen sein, ist ihm entgegenzuhalten, dass die bloße Möglichkeit einer Infektion nicht genügt. Denn dann wäre der Zeitraum der Infektion nicht näher eingrenzbar. Nach der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts ist es für die Anerkennung einer Berufskrankheit nach der Nr. 3101 der BKVO erforderlich, dass der Ansteckungszeitraum eingegrenzt werden kann und der Nachweis im sogenannten Vollbeweis erbracht ist, dass der Versicherte während des vermutlichen Ansteckungszeitraums einer besonderen, über das normale Maß hinausgehenden Ansteckungsgefahr ausgesetzt war (ständige Rechtsprechung des BSG, u.a. Urteil des BSG vom 28.08.1990, Az.: [2 RU 64/89](#)). Der im Einzelfall zu führende Nachweis einer besonderen, über das normale Maß, d.h. im Vergleich zur Normalbevölkerung hinausgehenden Ansteckungsgefahr erfordert die Feststellung, dass der Versicherte während eines eingrenzbaren Ansteckungszeitraums verstärkt beruflichen Kontakt mit Patienten hatte, die zu einem gewissen Prozentsatz unerkannt an Hepatitis-B erkrankt waren. Der Ansteckungszeitraum kann im Fall des Klägers nicht näher, bzw. nicht auf einen wesentlich früheren, vor dem 16.07.1981 bzw. vor dem 31.12.1984 liegenden Zeitraum eingegrenzt werden. Feststeht nur, dass sich der Kläger zu irgendeinem Zeitpunkt vor dem 03.12.1987 mit dem Hepatitis-B-Virus angesteckt hat. Es ist nicht nachgewiesen und auch nicht nachweisbar, dass der Ansteckungszeitpunkt in einen Zeitraum fällt, in dem Versicherungsschutz bestand. Hierauf hat das SG bereits zutreffend hingewiesen. Der Senat hat dem nichts hinzuzufügen. Selbst wenn man berücksichtigt, dass bereits im Jahre 1982 nach Entnahme eines sog. Leberstanzzyinders festgestellt worden war, dass bereits damals eine portale Entzündung der Leber vorlag, begründet dies nicht den vom Kläger geltend gemachten Anspruch. Man führte diesen Befund damals auf eine toxisch-nutritive Schädigung der Leber zurück. Im Gutachten des ärzteausschusses der privaten Unfallversicherung vom 10.06.1996, welches der Senat im Urkundenbeweis verwerten kann, wurde darauf hingewiesen, dass die damalige Diagnose der toxisch-nutritiven Schädigung der Leber nach Bekanntwerden der durchgemachten Hepatitis-B-Infektion überholt sein könnte. Die 1982 diagnostizierte Leberentzündung könne auch eine Hepatitis-Folge gewesen sein. Dies bedeute, dass die Ansteckung schon vor 1982 erfolgt sein könne. Insoweit verweist der Senat auf die obigen Ausführungen, wonach die bloße Möglichkeit der Ansteckung in einem versicherten Zeitraum nach der Rechtsprechung des BSG nicht ausreicht. Vielmehr muss der Zeitraum zumindest annähernd eingrenzbar sein, schon aus dem Grund, um feststellen zu können, welcher Träger der

gesetzlichen Unfallversicherung zuständig ist.

Obwohl es bei der gegebenen Sachlage nicht darauf ankommt, ist ergänzend anzumerken, dass im Übrigen der Nachweis einer besonderen Ansteckungsgefahr nicht erbracht wäre. Denn es gibt bezüglich der Hepatitis-B keine Erkenntnisse, die die Annahme rechtfertigen würden, medizinisches Personal sei generell einer höheren Ansteckungsgefahr im Vergleich zur Normalbevölkerung ausgesetzt. Der zufällige Kontakt mit einer unerkannt an Hepatitis-B erkrankten Person ist in allen Lebensbereichen möglich und keine Besonderheit in medizinischen Berufen (Urteil des erkennenden Senats vom 23.04.2002, Az.: [L 3 U 357/01](#)). In einer besonders hepatitisgefährdeten Einrichtung war der Kläger zudem nicht tätig.

Der Senat vermag aber wie das SG keinen Anspruch des Klägers auf Anerkennung und Entschädigung der Folgen nach seiner durchgemachten Hepatitis-B-Infektion festzustellen. Seine Berufung gegen das Urteil des SG München vom 05.02.2003 war daher zurückzuweisen.

Die Kostenentscheidung stützt sich auf [Â§ 193 SGG](#).

Die Revision war nicht zuzulassen ([Â§ 160 Abs. 2 Nrn. 1 und 2 SGG](#)).

Erstellt am: 08.12.2003

Zuletzt verändert am: 22.12.2024